

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** für Frauenwelt und Jugend einschließlich Briefkasten monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25, unter Kreuzband für Deutschland und Teilschweden 2,50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Dr. Brüningstraße 14, II. Tel. 2465.  
**Sprechstunde:** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Dr. Brüningstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6-spaltigen Zeilen mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinbarungen 25 Pf. Inzerate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegraphische Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 163.

Dresden, Donnerstag den 17. Juli 1913.

24. Jahrg.

In der verschloffenen Fäden soll gegen eine Anzahl Offiziere verhandelt werden, die sich von dem Vertreter der Firma Krupp bestechen ließen.

In einer Note an die Mächte erklärt die rumänische Regierung, daß die neue Dohradbagrenze an der Linie Turtucui-Pözlisch-Baltisch entlang laufe.

Die Türken haben die Linie Widia-Enos besetzt, ohne Gegenstand zu finden.

In einer brennenden Schwefelgrube in San Giovanni haben 25 Greubenarbeiter in den Flammen um.

## Chinas Not.

Von unserem Korrespondenten.

17. Petersburg, 15. Juli.

Scheinbar über Nacht sind in den letzten Tagen, da die Hauptaufmerksamkeit Europas auf die kriegerischen Ereignisse an Balkan gerichtet war, ernste Gewitterwolken im fernem Osten heraufgezogen. Russland mußte die Komplikationen im Südosten Europas aus, um einen neuen Schlag gegen China zu unternehmen und den begonnenen Kampf der Mongolei einen Schritt vorwärts zu bringen. Die Art und Weise, wie es hierbei vorgeht, ist äußerst bezeichnend für die auswärtige Politik des russischen Völkchen, der raubgierig und feige zugleich, sich in der Regel eine Zeitlang totstellt, um die Wachsamen seiner Gegner einzuschlafen, und hernach mit verdoppelter Kraft seine Taten nach neuer Beute ausstreckt. Nachdem der russische Gesandte Korostow am 3. November 1912 die berühmte Unabhängigkeitskommission einer Anzahl mongolischer Herren ins Werk setzte und mit dem Oberhaupt der Mongolei, dem für Geld und Schnaps gekauften Dutschu in Urga, einen Vertrag abgeschlossen hatte, der die Mongolei, ein Gebiet von fast 3 Millionen Quadratkilometer, dem russischen Protektorat auslieferte, nahm die russische Diplomatie eine Zeitlang eine abwartende Stellung ein. Es gab mancherlei Ursachen, die ihr eine solche Haltung für ratsam erscheinen ließen. Sie war bestrebt, Zeit zu gewinnen, um sich in der Mongolei militärisch zu festigen. Sie baute eine Bahn von Werchneindinsk nach Nancha im Anschluß an die sibirische Bahn, sie machte einen Automobilverkehr zwischen Nancha und Urga, die Hauptstadt der Mongolei, ein, sie ließ die Flüsse in der Mongolei durch russische Motorboote besetzen, sie besetzte die wichtigsten Punkte mit russischen Truppen, deren Gesamtzahl sich jetzt in der Mongolei auf ca. 12 000 Mann beläuft, sie rief durch ihre zahlreichen militärischen Instrukteure die Gewalt über die neu gebildete mongolische Armee an sich.

Wagen alle diese militärischen Maßnahmen in der Richtung der im November abgeschlossenen Raubpolitik, so würden andererseits die politischen Komplikationen im fernem Osten die russische Regierung zu einer gewissen Mäßigung. Unter dem Eindruck der kaum verhüllten Annerktion der Mongolei durch Japan und Siam in ein näheres Verhältnis zu China, um der beginnenden Aufstellung der chinesischen Lehensländer eine Schranke zu setzen. Zugleich zeigte auch die russische, persönliche Politik Chinas gegenüber den mongolischen Mächten, in Verbindung mit der starken Ernüchterung, die bald nach dem Abschluß des Vertrages mit Rußland in der Mongolei um sich griff, daß die auf dem Papier fixierte Beute noch keineswegs als sicherer Besitz betrachtet werden konnte. In Anbetracht aller dieser Umstände hielt die russische Diplomatie es für angebracht, einen bescheidenen Ton gegenüber China anzuschlagen und mit der Peking Regierung wegen der Mongolei zu unterhandeln. Hierbei mußte sie, auf Frankreich und England gestützt, in raffiniertester Weise die finanzielle Not und die Abhängigkeit Chinas vom Finanzministerium aus, um die chinesische Regierung zu einem freiwilligen Verzicht auf die Mongolei zu zwingen. In demselben Zuge, da die fünfjährig in Peking durchgedrückt wurde, schloß der chinesische Minister des Auswärtigen, Vutschenghsang, mit dem russischen Gesandten einen Vertrag über die Mongolei, der das äußerste Minimum Rußlands enthielt. Der Abschluß dieses Geheimvertrages, der um den Preis der Erhaltung des Hobbos, Misasutais und der nordwestlichen Mongolei, die äußere Mongolei, dem russischen Protektorat auslieferte, rief in China eine ungeheure Entrüstung hervor. Das chinesische Unterhaus machte mit den sechs Hauptbestimmungen des mongolischen Vertrages kurzen Prozeß und sandte dem Vertrag in seiner neuen Fassung dem Minister des Auswärtigen zu, dessen sofortige Antwort in einem Gesuch um zehn Tage Krankheitsurlaub bestand. Damit war der Versuch der russischen Diplomatie, China zu einem freiwilligen Verzicht auf die äußere Mongolei zu zwingen, an dem Widerstand der Volkvertretung gescheitert.

Der weitere Verlauf der russisch-chinesischen Unterhandlungen erscheint nach den dürftigen Nachrichten aus dem fernem Osten jetzt noch nicht völlig klar. Es scheint, daß die russische Regierung sich noch vor einigen Wochen nicht abgeneigt zeigte, ihre Forderungen hinsichtlich der Mongolei zurückzuführen und unter anderem die Oberhoheit Chinas

über die Mongolei anzuerkennen. Im letzten Augenblick jedoch hat die russische Regierung wieder ihre früheren Forderungen hervorgeholt und erklärt, China müsse sich mit der Surrender (Oberlehensherrlichkeit) über die Mongolei begnügen und alle Abmachungen des russisch-mongolischen Vertrages vom November vorigen Jahres anerkennen. Damit knüpft die russische Diplomatie unmittelbar an die erste Phase ihrer mongolischen Raubpolitik an und leitet eine neue Reihe neuer Komplikationen im fernem Osten ein.

Ueber die Ziele, die die russische Politik hierbei verfolgt, geben einige wichtige Kundgebungen aus der letzten Zeit Aufschluß. Der Führer der russischen Liberalen, Professor Wjatskowski, der namentlich im letzten Jahre der Schildträger des russischen Ministeriums des Auswärtigen geworden ist, tabellierte am 19. Juni anlässlich der Budgetdebatte in der Duma die Nachgediegenheit der russischen Diplomatie gegenüber China. „Wir müssen — erklärte er stolz — im Auge behalten, daß wir nach Abschluß unseres Vertrages mit der Mongolei nicht mit China verhandeln können. ... Unsere Lage im fernem Osten ist keineswegs gefestigt, und deshalb dürfen wir nicht die Versprechungen verletzen und die Hoffnungen unterfallen lassen, die mit unseren ersten Schritten verknüpft sind.“ Eingehender werden dieselben imperialistischen Forderungen des Führers der russischen Liberalen in einem offiziösen inspirierten Artikel der Nowoje Wremja vom 23. Juni entwickelt:

Es ist höchste Zeit, daß die Worte durch Taten ersetzt, und die ganze mongolische Frage von dem toten Punkt, an dem sie angelangt ist, jenseitsgeführt wird. Sonst verlieren wir in nächster Zeit die Möglichkeit, die der Vertrag von Urga uns bietet. Rußland hat die Autonomie der Mongolei anerkannt und sich verpflichtet, sie zu schützen. Es hat aber mehr noch nicht die Anerkennung der mongolischen Autonomie durch China erreicht und soll, wie vertanzt, sogar bereit sein, der chinesischen Staatsbehörden zu machen. Nach dem Sinne des russisch-mongolischen Vertrages behält China im besten Falle die Eignerhoheit über das Chahschahgebiet — ein ehrwürdiger Schatten der Welt, ohne Möglichkeit, ihre Durchsetzung zu verlangen. Nach Mitteilungen aus Peking unterhandelt unsere Diplomatie nun mit der Regierung der chinesischen Republik, daß ihr die Souveränität über das Chahschahgebiet zurückgegeben wird. Dies würde aber in den Augen der Mongolen gleichbedeutend sein mit der vollen Wiederherstellung der chinesischen Welt in der Mongolei. ... Die Hoffnungen auf die Verwandlung der Mongolei in einen Pufferstaat zwischen Rußland und China würden sich unter diesen Umständen in eine der zahlreichen russischen Enttäuschungen verwandeln.

Nach diesem offenkundigen Bekenntnis des russischen Regierungsdienstes, daß die Berechtigungen über die angebliche Unzeitgenügsigkeit Rußlands in der mongolischen Frage ins rechte Licht rückt, erklärt die Nowoje Wremja: „Das ganze Unternehmen in der Mongolei gewinnt nur dann eine ernste Bedeutung, wenn die russische Regierung, indem sie die mongolische Autonomie unterwirft und verteidigt, in der Mongolei die Bedingungen einer selbständigen Existenz und Entwicklung ins Leben rufen.“ Was von dieser „Selbständigkeit“ zu halten ist, zeigt eine eingehende Schilderung des Korrespondenten des Adattengangs Weich, W. Semerostschin, über die Ergebnisse der russischen Politik in der Mongolei. Nach dieser Schilderung, die um so interessanter ist, als sie im Organ des Kabettensführers Wjatskowski veröffentlicht wird, haben die mongolischen Fürsten, die im vorigen Jahre den Verdungen und den Nebelstücken der russischen Agenten gefolgt sind, bereits den großen Fehler ihrer betrügerischen Politik eingesehen. Unter dem Mantel der Freundschaft — erklärte einer der angesehensten mongolischen Staatsmänner, der Balama Jaren-Tschalmeda — will Rußland die Mongolei annehmen und sie in eine Provinz verwandeln. An Stelle der chinesischen Abhängigkeit erwartet uns die Abhängigkeit von Rußland, und vorläufig ist noch schwer zu sagen, welche von diesen beiden Abhängigkeiten für uns erträglicher sein wird, denn die Lage der von Rußland unterworfenen Völker ist keineswegs eine leichte.“ Weiter schildert der Korrespondent, wie die Stimmung der mongolischen Bevölkerung unter dem Einfluß der ungezügelter Raubwirtschaft der russischen Beamten, Kapitalisten und Abenteurer aus einer rassenfreundlichen in eine feindliche umgeschlagen ist:

Nachdem wir die Mongolei annerkennung, begonnen wir schon mit ihren Aristokraten, z. B. mit den tschakischen Bergweiden und den Konfessionen der Gesellschaft „Mongolier“, Handel zu treiben. Wir tragen die Wertschätzung und alle möglichen Rücksichten der Waren in die Mongolei hinein, wir plündern die Mongolen, indem wir irgendeine Ware mehrfach Bezugsung verlangen. Wir tragen uns freudig nationalen Völkern, die Besetzung der Zeit, in die Mongolei hinein und erlangten mit Hilfe dieser Besetzungen alle möglichen Konfessionen.“

Diese Schilderung des liberalen Korrespondenten, die die Raubwirtschaft der russischen Abenteurer, das Bild der unerschöpflichen Kapitalakkumulation und der gewalttätigen Enteignung der mongolischen Bevölkerung durch die Russen erkennen läßt, zeigt die ganze Situation im fernem Osten in einem viel ernsteren Lichte als selbst im November vorigen Jahres. Konnte damals noch auf die Entschickung eines Teiles der mongolischen Bevölkerung, die sich von China freimachen wollte, hingewiesen werden, so unterliegt es jetzt keinem Zweifel, daß die Russen von den Mongolen nur als räuberische Eroberer betrachtet werden. Genau so wie vor

dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges im Jahre 1903, als die Russen sich in den Besitz der Konzeptionen an Jalu-Fluß setzten und dann an die „friedliche“ Eroberung Koreas schritten, geht die russische Diplomatie nun zu einem ebensofolgenden folgenreicheren Abenteuer in der Mongolei über. Dieser Schritt legt nicht nur dem russischen Volke neue gewaltige Lasten für Rüstungen an der chinesischen Grenze, für „Strafexpeditionen“ in der Mongolei usw. auf, er verschärft auch die gesamte politische Lage im fernem Osten ungemein und trägt in die Beziehungen zu den Staaten, deren Handels- und Wirtschaftsinteressen in der Mongolei und Mandschurie beeinträchtigt werden, gefährliche Spannungsmomente hinein.

## Die Revolution in Sibirien.

Peking, 16. Juli.

Die Städte Kiangsi, Kwangsi, Kwangstschow, Kanton, Szechuan, Szechow und Anhui haben die Absicht, ihre Unabhängigkeit zu erklären; einige von ihnen haben dies auch in vorläufiger Form bereits getan. Viele Nordtruppen sind nach Kiangsi abgezogen, wo der Kampf noch andauert, augenscheinlich ohne Entscheidung. Die Haltung der Japaner ruft bittere Kommentare hervor. Die Chinesen glauben, daß die Japaner überall Forderer erregen. Die Anwesenheit japanischer Offiziere im Lager der Rebellen gibt dieser Annahme Nahrung, während die Tatsache, daß japanische Kanonenboote in der Gegend vor der Küste liegen, zu einem Protest des Vizepräsidenten Luwanfung geführt hat. Die Südtruppen erklären öffentlich, sie hätten japanische Hilfe zugesichert erhalten. Die chinesischen Mächte fordern eine amtliche Erklärung bezüglich einer angeblichen Rede des zum japanischen Gesandten in Peking ernannten japanischen Diplomaten Yamaga, in der die Vertretung Kuangschowes kritisiert wird. Die japanische Gesandtschaft ist der Ansicht, daß Yamaga falsch zitiert worden sei und bestreitet, daß den Rebellen von den Japanern offiziell Unterstützung gewährt oder sonst irgendwie die Neutralität verlegt worden sei.

## Das deutsche Konsulat in Hankow bedroht!

London, 16. Juli.

Das deutsche Bureau meldet aus Peking: Das deutsche Konsulat in Hankow wurde von Insurgenten umzingelt, augenscheinlich, weil die Deutschen kürzlich die Auslieferung von zwei chinesischen Revolutionären aus der deutschen Konzeption in Canton angelassen hätten. Falls ein Angriff erfolgt, beabsichtigen die Deutschen ihre eigenen Verteidigungsmaßnahmen zu treffen.

## Der türkische Vormarsch.

Die Türkei läßt sich nicht abhalten, die Balkanproteste mit vollenden zu heißen. Trotz aller Entschuldigungsreden der Mächte hat die türkische Armee den Vormarsch auf Sirriliße angetreten, hat Lunar Hissar, Lüleburgaz und Wifa besetzt und will sich nicht abhalten lassen, nach Adrianopel vorzustoßen. Außer dem materiellen Nutzen, heißt es in einem Telegramm aus Konstantinopel, der der Türkei durch den Vorstoß nach Adrianopel geschaffen würde, würde die Türkei auch einen sehr bedeutenden moralischen Nutzen erzielen, der der Lage der Regierung für lange Zeit festigen würde. Darum wird die Regierung alles anwenden, um ihre Truppen bis Adrianopel gelangen zu lassen. Uebrigens denkt man in ottomanischen Kreisen, daß, selbst wenn die europäischen Mächte einen Druck auf die Türkei ausüben würden, die türkische Armee nicht an der Grenzlinie Enos-Widia stehen bleibe, weil die Türkei durch ihre Erfolge eventuell die Autonomie Thraziens erreichen könnte.

Die Londoner Vorkonferenz sieht der Entwicklung der Dinge ruflos gegenüber und bemüht sich, die Mächte in Einigkeit zu erhalten. In der Diensttagssitzung beschäftigten sich die Vorkonferenz hauptsächlich mit der albanischen Frage. Die Haltung der Mächte in der gegenwärtigen Balkanfrage wurde nicht besprochen, aber man glaubt mit Bestimmtheit, daß die Vorkonferenz einmütig den Grundgedanken annehmen, nicht zu intervenieren, wie dies bereits in den Worten Sir Edward Grey zum Ausdruck kam.

Dringend der Erledigung bedarf die Frage der albanischen Gendarmerie, zumal die serbischen und montenegrinischen Truppen jetzt abgezogen sind. Während ein Teil der Vorkonferenz es nur für unklar hält, Albanien völlig ohne Schutz zu lassen, tritt ein anderer Teil dafür ein, daß die Organisation der Gendarmerie unter fremden Offizieren unverzüglich in Angriff genommen werden müsse. Es werden Schritte unternommen, um schwedische Instrukteure dafür zu gewinnen. Die Aufstellung des albanischen Statutes wird größere Schwierigkeiten bereiten als die Feststellung der griechisch-albanischen Grenze. Was die Grenze von Epirus anbetrifft, so ist noch keine endgültige Lösung gefunden worden, doch hofft man auf eine Verständigung, die gleichzeitig dem Standpunkt der am meisten dabei interessierten Mächte entspricht und auch für Griechenland annehmbar ist. Oesterreich bezieht darauf, daß die Mächte den Verlauf der Grenze im allgemeinen zu bestimmen haben.

## Die Friedendebattierungen.

Belgrad, 16. Juli. Nach Informationen an mehrendemster Stelle scheinen die Verhandlungen der ausländischen Mächte über einen

Eingangsfrist

Erklärung über die Angelegenheiten der Staatsoberhäupter

Die russische Regierung hat in der Mongolei eine große Anzahl von Soldaten entsandt, um die Mongolen zu unterwerfen